

Postdemokratische Kolonne

Ausgabe 2 / 2024

Erster Bürgermeister lehnt Registrierung weiterer Migranten ab - Anfang vom Ende der „Demokratie von oben“?

Dr. André Kruschke*

Der Oktober 2024 wird vielleicht als denkwürdiger Monat in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen. Denn in diesem Monat hat der Bürgermeister von Bad Griesbach (Bayern), Jürgen Fundke, seine Weigerung kundgetan, neue in seiner Kleinstadt ankommende Flüchtlinge nicht mehr zu registrieren. Die Begründung ist so simpel wie offensichtlich: Es gibt einfach keinen Platz mehr. Was nach einem unbedeutenden Ereignis eines unscheinbaren Kommunalpolitikers in einem kleinen Luftkurort aussieht, könnte sich als einschneidende Zäsur in der von den obersten Machteliten vorangetriebenen Migrationsagenda mit weitreichenden Folgen herausstellen.

Dass es Deutschland, gelinde gesagt, keinen Platz mehr für Migranten gibt, ist weder neu noch überraschend. Überall wurden und werden jenseits des Machbaren Massen von Migranten ins Land gelassen, ohne dabei auch nur im Geringsten die Belange der Bevölkerung zu berücksichtigen bzw. die Migrationspolitik anhand der tatsächlich verfügbaren Kapazitäten auszurichten. Schon vor der bedingungslosen Grenzöffnung im Jahr 2015 war der Wohnungsmarkt praktisch leergefegt, Arzttermine waren teilweise über Monate ausgebucht, Krankenhäuser haben über ihren Reserven gearbeitet, Schulen waren mit „Problemkindern“ konfrontiert, die Infrastruktur war marode, der öffentliche Personennahverkehr war überlastet und die finanzielle Tragfähigkeit der öffentlichen Hand war am bzw. über dem Limit. Dieses Land hatte auch ohne Migration genug Probleme.

Seit 2015 aber wurde Deutschland für jeden geöffnet, der an der faktisch nicht mehr vorhandenen Landesgrenze das Wort „Asyl“ aussprechen konnte. Jedem wurde Einlass gewährt, egal, ob es sich um einen Schutzsuchenden oder einen Schwerverbrecher, Intensivtäter oder Terroristen handelt. Bereits das

aussprechen der unter gewöhnlichen Umständen absoluten Selbstverständlichkeit, dass ein Staat ein berechtigtes Interesse daran hat zu wissen, wen er über die Grenze lässt, wurde als ausländerfeindlich und rassistisch gebrandmarkt. Auf einen Schlag wich geltes Recht dem moralischen Hochgefühl einer abgehobenen Staatselite, die für Migranten plötzlich alles ermöglichte, was „denjenigen, die schon länger hier sind“ jahrelang verwehrt wurde. Plötzlich gab es nicht mehr nur keine Staatsgrenzen mehr, sondern auch keine Haushaltsdisziplin, keine Begrenzung der Staatsschulden, keine Verantwortungsethik und keine stringente Anwendung des Solidaritätsprinzips mehr: Den Migranten wurde alles gewährt und nichts abverlangt, wobei weder das geltende Recht noch die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort eine Rolle spielten. Für die Massmigration wurde der Rechtsstaat aufgehoben, regiert wurde „von oben nach unten“ und Leidtragende waren die – in- und ausländischen – Bürger in den Kommunen, deren Alltag sich aufgrund der Flut an kulturfremden Neuankömmlingen stetig nur in eine Richtung veränderte: Nach unten.

Für die Massmigration wurde der Rechtsstaat aufgehoben, regiert wurde „von oben nach unten“

Doch jetzt regt sich Widerstand. Jürgen Fundke zeigt Haltung und erklärte nicht nur, dass er es ablehne, neu ankommende Flüchtlinge zu registrieren, sondern auch, dass er an seiner Entscheidung auch unter Androhung disziplinarischer Mittel festhalten werde: „Mir ist egal, was man mit mir macht.“

Dass das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde Herrn Fundke darauf hinwies, dass es seine rechtliche Pflicht als Bürgermeister ist, ankommende Migranten

zu registrieren und ihm bei Nichtbefolgung Konsequenzen androhte, grenzt an Hohn. Die von globalistischen Politikereliten offensiv unterstützte Masseneinwanderung stellt einen Verstoß gegen Europa-, Verfassungs- und einfachgesetzlichen Recht dar und steht damit für ein Sinnbild eines vom Staat begangenen strukturellen Rechtsbruchs. Massenmedien und Regierungsparteien haben es gleichwohl geschafft, nicht nur die Kritik an diesem Rechtsbruch als illegitim zu erklären, sondern diesen fortgesetzten Rechtsverstoß als lobens- und aner kennenswert darzustellen. Innerhalb nur weniger Jahre wurde der Rechtsstaat damit pervertiert: Hatte sich staatliches Handeln bislang dem Recht zu unterwerfen, hat sich das Recht nunmehr dem politisch Gewollten zu unterwerfen. Geltendes Recht dient damit nur noch dem ideologisch gewünschten Ziel: Ist dieses Ziel für die politischen Machteliten willkommen, ist es anzuwenden, steht es diesem jedoch entgegen, ist es zu ignorieren – so funktioniert der „Doppelstaat“, den der deutsch-amerikanische Jurist und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel eindrucksvoll beschrieben hat.

Der Rechtsstaat wurde pervertiert: Hatte sich staatliches Handeln bislang dem Recht zu unterwerfen, hat sich das Recht nunmehr dem politisch Gewollten zu unterwerfen

Immer mehr Menschen in diesem Land müssen ungefragt eine Massenmigration nicht nur ertragen, sondern sie auch finanzieren und haben dabei zuzusehen, wie das Leben in ihrer geliebten Heimat zum Alptraum wird: Messerattacken, Massenvergewaltigungen, Terrorisierung ganzer Städte, Veranstalten offen demokratiefeindlicher Aufmärsche („Das Kalifat ist die Lösung“), Ausschreitungen auf Demonstrationen ethnisch unterschiedlicher Migrantengruppen („Eritreer-Festival“ in Gießen), No-go-Areas in Freibädern, strukturelles Mobbing deutscher durch muslimische Schüler, Schlägereien in Krankenhäusern, etc., etc. Neben dem Verlust an Lebensqualität führt die Migration überwiegend bildungsferner und kulturfremder Personen zu einer überdurchschnittlichen Inanspruchnahme staatlicher Leistungen, die zu Ressourcenengpässen, Leistungseinschränkungen, Beitragserhöhungen und letztlich zur finanziellen Überforderung des Staates führen wird. Die Kultur, Sprache, Sitten, Gewohnheiten, Traditionen und letztlich die ganze Geschichte des Landes wird zerstört, was zu einem Verfall von Ordnung, Werten, Gemeinsinn und Rechtsstaat führt. Der Staat versagt, nichts funktioniert mehr – aber Bürgermeister Fundke hat sich an willkürlich definiertes „Recht und Gesetz“ zu halten, welches den beschriebenen staatlichen Auflösungsprozess nur weiter beschleunigen würde. Aber jetzt ist Schluss damit.

Herr Fundke hat den Startschuss für eine Entwicklung in Gang gesetzt, die nicht nur beeindruckend, sondern auch dringend geboten ist: Staatliches Versagen nicht mehr tatenlos zuzusehen, sondern der grassierenden Ungerechtigkeit ins Gesicht zu blicken und sich hiergegen zur Wehr zu setzen. Die Entscheidung von Bürgermeister Fundke richtet sich nicht gegen Migranten, sondern gegen den deutschen Staat bzw. dessen „Repräsentanten“, die diesen mit ihrer Migrationspolitik zu Grunde richten. Und sein Entschluss erging nicht für „Rechte“ und „Rassisten“, sondern für eine Vielzahl anständiger Bürger, die sich ihr Land nicht von einer die Wähler verachtenden, den Nationalstaat zerstörenden Elite kaputt machen lassen wollen.

Eine Bundesregierung, die mit einer völlig unverantwortlichen Massenmigration strukturellen Rechtsbruch betreibt, die bewusst und gewollt heimische Industrie und Arbeitsplätze für das Weltklima opfert, die entgegen den Interessen der eigenen Bevölkerung zur „Bestrafung“ Russlands die heimische Energie verknappt, die offenen Bellizismus betreibt statt sich in Diplomatie versucht, die eine ausufernde Ausländerkriminalität mit „Maßnahmen gegen rechts“ bekämpft, die auf Kritik am Staat mit Verboten und Demokratieförderprogrammen reagiert, die unliebsame Meinungen mittels zensiert bzw. mittels KI einfach „verschwinden“ lässt, die Leistungsunwillige mit Einführung eines Bürgergeldes belohnt und Leistungsträger mit immer mehr Abgaben und Bürokratie bestraft, die zur Eindämmung des Drogenkonsums Marihuana legalisiert und die es ihren Bürgern letztlich ermöglicht, einmal im Jahr per Sprechakt ihr Geschlecht zu ändern, hat nicht nur jede Autorität verloren, sondern gibt mit ihrem Verhalten offen zu verstehen, dass sie mit der Bevölkerung gebrochen hat. Dieser Staat hat die Legitimität verloren, von seinen Bürgern Loyalität einzufordern.

Der Staatsverfall erklärt das Verhalten eines standhaften Bürgermeisters, der erstmals offen kundgetan hat, dass es ihm egal ist, ob er sich mit seiner Entscheidung, die Bürger vor noch mehr Migration zu schützen, Schwierigkeiten mit der übergeordneten Dienstbehörde einhandelt. Er hat beschlossen, diesen Wahnsinn nicht mehr mitzumachen. Was bleibt ihm anderes übrig? Die Machteliten handeln so konsequent und böseartig gegen das eigene Volk und ignorieren derart offen und rücksichtslos deren Interessen, dass das Gesprächsband schon lange zerschnitten ist. Eine Überschreitung der egozentrischen Begrenztheit bei der parasitären Politikerkaste scheint ausgeschlossen. In Abwandlung des bekannten Satzes „Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“, ist es angesichts der den Bürger offen verachtenden Politik zunehmend angebracht zu fragen: „Stell Dir vor, eine bürgerferne und demokratiefeindliche Machtelite betreibt Politik, und keiner hält sich daran?“

* Dr. André Kruschke ist Rechtsanwalt, Publizist, Herausgeber der „Postdemokratischen Blätter“, der „Postdemokratischen Kolumne“ und Inhaber des Verlags „Freyheit & Recht“. Näheres über den Autor und den Verlag ist zu finden unter <https://www.andrekruschke.de>

Was würde passieren, wenn sich nicht nur Bürgermeister Fundke, sondern zahlreiche weitere Bürgermeister, Verwaltungsbeamte, Staatsanwälte, Richter, Finanzbeamte, Polizisten, Lehrer, Ärzte, Krankenschwestern, Pflegekräfte, Rettungssanitäter, Landwirte, Groß- und Einzelhändler, Müllmänner, Handwerker und Lieferdienste entscheiden würden, nicht mehr die sie gängelnden und Land und Gesellschaft zerstörenden Anordnungen und Vorgaben zu befolgen? Was kann eine Machtelite tun, wenn Polizisten nicht mehr bereit sind, je nach ideologischen Vorgaben entweder wahllos auf hilflose Demonstranten einzuschlagen oder sich schützend hinter gewaltbereite Demonstranten zu stellen, die ihren eigenen Staat, die eigene Nation und die eigene Bevölkerung verachten? Wenn Staatsanwälte sich weigern, politische Anklagen gegen Regimekritiker zu erheben, deren einziges Vergehen darin bestand, sich nicht die eigene Meinung verboten haben zu lassen? Wenn Richter sich weigern, in rechtspositivistischer Weise staatliches Unrecht gegenüber Personen zu sprechen, die nur ihrem Gewissen und ihrer Menschlichkeit gefolgt sind? Wenn Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser nicht mehr dem die Gesundheit abträglichen Anreiz- und Vergütungssystemen gekaufter Gesundheitsminister, sondern ihren auf Ethik beruhenden, medizinischen Überzeugungen folgen?

Die Bürger dieses Landes, einschließlich vieler seiner Entscheidungsträger, sind nicht so korrupt, gewissenlos und bürger- und demokratieverachtend wie es die politische Elite in ihrer Gesamtheit vorgibt. Es sind einige Wenige, die unter Ausnutzung bestehender Hierarchie- und Machtstrukturen auf kaum vorstellbare Weise die Vielen beeinflussen, manipulieren und korrumpieren. Doch Korruption verlangt nicht nur denjenigen, der korrumpiert, sondern auch denjenigen, der sich korrumpieren lässt. Mit wachsender Offensichtlichkeit der Machtwillkür, der Demokratiefeindlichkeit, der Bössartigkeit und des unglaublichen Leids, was die Regierungselite diesem Land und seinen Bürgern antut, wächst der Wunsch der Bürger nach Aufrichtigkeit, Anstand, Sachverstand und Gemeinsinn.

Je weiter der staatliche Wahnsinn durch die parasitären Machteliten forciert wird, umso mehr formiert sich Widerstand in der diesem Irrsinn ausgelieferten Bevölkerung.

Die Entscheidung des Bürgermeisters Fundke kann insofern der Beginn eines von vielen Bürgern seit langem herbeigesehnten Prozesses sein, keine Vorgaben mehr zu akzeptieren und umzusetzen, die nicht nur rechtlich fragwürdig sind, sondern auch offen gegen die tiefsten innersten Überzeugungen eines gedeihlichen Miteinanders verstoßen. Denn ungeachtet der perfiden Beschreibung machthungriger Eliten, die seit Jahren stattfindende Zuwanderung als wünschenswerten Fortschritt gesellschaftlicher Zustände darzustellen, beschleunigt die zu großen Teilen illegale Massenmigration den Verfall dieses Landes in praktisch allen Lebensbereichen. Was die Mehrheit der Menschen immer deutlicher spürt und immer weniger akzeptiert.

Korruption verlangt nicht nur denjenigen, der korrumpiert, sondern auch denjenigen, der sich korrumpieren lässt. Hier erfolgt gerade eine Umkehr.

Die Menschen dieses Landes sind in der überwältigenden Mehrheit weder Ausländerfeinde noch Rassisten, weder Antisemiten noch Islamfeinde, weder rechts noch Nazi – es handelt sich um normale Bürger, die sich um sich und ihre Familien, ihren Arbeitsplatz, ihre Sicherheit, Freiheit und Zukunft sorgen. Sobald die Menschen aufhören, sich von den Regierungseliten spalten zu lassen und sich nicht mehr untereinander bekämpfen, werden machthungrige und gewissenlose Politikereliten keine Chance mehr haben, weiter ihre bürgerverachtende Politik zu betreiben. Bürgermeister Fundke hat gezeigt, wie man sich dem staatlichen Wahnsinn widersetzen kann. Mögen viele Weitere seinem Beispiel folgen.

* Dr. André Kruschke ist Rechtsanwalt, Publizist, Herausgeber der „Postdemokratischen Blätter“, der „Postdemokratischen Kolumne“ und Inhaber des Verlags „FREYHEIT & RECHT“. Näheres über den Autor und den Verlag ist zu finden unter <https://www.andrekruschke.de>